

20.01.2016 Elektroautos ankurbeln: Gabriel vs. Dobrindt

Was haben Atomkraftwerke, Asylbewerber und Elektroautos gemeinsam?

Alle drei wurden uns von unserer Bundeskanzlerin zahlenmäßig vorgezeichnet:

1. Atomkraftwerke abschalten, also Null.
2. Flüchtlinge in unbegrenzter Größenordnung zulassen, also unendlich.
3. Elektromobile 1 Mio. bis 2020.

Über die Sinnfälligkeit aller drei Punkte kann man trefflich streiten. Punkt 1. und 2. stehen aber hier nicht zur Debatte. Wir kümmern uns (vorerst) ausschließlich um Punkt 3.

Wie immer, wenn die Bundeskanzlerin Wünsche äußert, wird man das Gefühl nicht los, Politik und Medien unternehmen alles, ihre Vorstellungen zu unterstützen. Sie schalten den Denkapparat aus und verfallen in eine Art kollektiver Willfährigkeit. Z.B. betonen die Medien bei jeder passenden und unpassenden Gelegenheit die Umweltfreundlichkeit der Stromer und deren Beitrag zur CO₂-Reduzierung. Ein geradezu hanebüchener Unsinn. Mit aller Gewalt wollen sie uns diese Wunderwerke der Technik schmackhaft machen, was ihnen aber bisher nicht gelungen ist. Gerade mal 30.000 Exemplare "bevölkern" bis Ende 2015 Deutschlands Straßen. Jetzt muss es die Politik richten.

Was die Methode angeht, da scheiden sich die Geister. Wirtschaftsminister Gabriel fordert 5.000 Euro Prämie für jeden E-Wagen, Verkehrsminister Dobrindt sieht das Heil eher im Ausbau der Infrastruktur. Wie dem auch sei. 970.000 Fahrzeuge in vier Jahren das ist nicht nur sportlich, das wird in jedem Fall auch teuer - für uns Steuerzahler. Bei der Lösung nach Gabriel sind das knapp 5 Mrd. Euro. Man kann getrost davon ausgehen, dass die Variante Dobrindt keinen Cent billiger wird. Vermutlich läuft es darauf hinaus, dass beides kommt, sowohl Prämie als auch Infrastruktur. Und zusätzlich noch Sonderparkplätze mit Stromanschluss, die dann ähnlich wie die Behindertenparkplätze zu 99,9 % leer stehen und den Normalfahrern kostbaren Parkraum stehlen. Außerdem Benutzung der Busspuren auf Kosten der Benutzer öffentlicher Verkehrsmittel. Und wer weiß, was den Kreativlingen in den Forschungseinrichtungen sonst noch alles einfällt, was man mit unseren Steuergeldern anfangen könnte.

Außerdem ist zu berücksichtigen, dass dafür entsprechend weniger Fahrzeuge mit Verbrennungsmotor verkauft werden. Ohnehin kommen die meisten dieser Vehikel aus dem Ausland, und auch die wichtigsten und teuersten Bestandteile auch der deutschen Fahrzeuge - Batterie, Motor und Elektronik. Da kann man den Steuermilliarden zusehen, wie sie sich in Luft auflösen. Politiker können nicht rechnen, heißt es - oder doch? Vermutlich können sie sogar besser rechnen als wir Steuerzahler alle zusammen. Zumindest wenn es darum geht, der Wirtschaft oder der Bundeskanzlerin zu Diensten zu sein.

Nebenbei gesagt, müssen wir wirklich mit unseren Steuergeldern die deutsche Autoindustrie indirekt subventionieren. Haben sie nicht sieben Jahre lang Rekordgewinne verzeichnet und Rekorddividenden ausgeschüttet? Sollten nicht in einer freien Marktwirtschaft Angebot und Nachfrage den Preis regeln, und nicht staatliche Eingriffe? Geschenke an die Wirtschaft haben sich nur selten auf Dauer bewährt und sind ein Schritt zur Planwirtschaft.

Der Autokritiker schlägt deshalb vor, mit dem Geld längst fällige Reparaturen an der bestehenden Infrastruktur vorzunehmen. Da haben alle etwas davon. Leider kann man sich damit nicht profilieren, weder als Verkehrs- noch als Wirtschaftsminister.

Jacob Jacobson